D-01 Stoppt die Angriffe auf den Europäischen Green Deal!

Antragsteller*in: Frieda Niewald (KV Düsseldorf)

Tagesordnungspunkt: 7 Dringlichkeitsantrag

Antragstext

Am 13. November 2025 wurden die schlimmsten Befürchtungen wahr: Manfred Webers EVP-Fraktion hat gemeinsame Sache mit den rechtsextremen Fraktionen inklusive der AfD gemacht. Gegen die demokratische Mehrheit im Europaparlament hat Weber ein zentrales Element des Europäischen Green Deals, das EU-Lieferkettengesetz gegen Kinderarbeit, Umwelt- und Klimazerstörung in den Lieferketten, entkernt. Damit hat der fossile Backlash einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Angriffe auf die Klimapolitik der EU werden immer heftiger. Für seinen Kulturkampf gegen Klimaschutz hat CSU-Mann Weber die Brandmauer vollends eingerissen.

Der Europäische Green Deal ist besonders auch für NRW von größter Bedeutung, gibt er doch für die Unternehmen in NRW den verlässlichen Rahmen vor, um mit Planungssicherheit erfolgreich in die Klimaneutralität zu kommen. Innerhalb Europas sorgt er dabei für gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen. Die ideologisch-getriebenen Angriffe auf den Green Deal, von Lieferkettengesetz über Antriebswende bis zum Emissionshandel schaden der NRW-Wirtschaft massiv.

Geführt werden diese Angriffe von den Unternehmen und Verbänden, die trotz besseren Wissens darauf gesetzt haben, dass ihre auf fossilen Rohstoffen basierenden Wertschöpfungsketten halten, oder, wenn ihre Strategie scheitert, die Steuerzahler*innen einspringen. Wer nun eine Abschwächung des Green Deals fordert, schadet neben Klima und Umwelt besonders den Unternehmen in NRW, die sich schon lange und mit großen Investitionen auf den Weg gemacht haben. Unternehmen, die sich darauf verlassen, dass sich diese Investitionen auszahlen. Wer den Green Deal schwächt, sagt diesen Unternehmen: Eure Innovationen zahlen sich nicht aus.

Klimaschutz ist nicht der Grund, warum es Industrien in NRW schlecht geht. Vielmehr hat der russische Angriffskrieg und die damit verbundenen extremen Kostensteigerungen für Gas und Energie die Verwundbarkeit der fossilen Wertschöpfung offengelegt. Für uns NRW GRÜNE ist die konsequente und planungssichere Umsetzung des Green Deals der beste Weg zu niedrigen Energiepreisen, einer erfolgreichen Transformation und der Erreichung unserer Klimaziele. Wir stehen zum Pariser Klimaabkommen, das bei der aktuell laufenden

- 30. Klimakonferenz im brasilianischen Belém massiv unter Druck steht.
- Angesichts der massiven Angriffe auf den Green Deal und damit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und hunderttausenden Arbeitsplätzen in
- Nordrhein-Westfalen stellen wir als NRW GRÜNE fest:

- Wir verteidigen die europäische Einigung zum Green Deal. Abschwächungen und Verzögerungen stellen wir uns auf allen Ebenen entgegen, damit Unternehmen und Verbraucher:innen in NRW sicher den Weg in die Klimatransformation planen können.
- Keine Abschwächung des Emissionshandels. Wir widersprechen den Versuchen, die Lenkungswirkung des Europäischen Emissionshandels (ETS I und II) zu schwächen, wie z.B. durch eine längere freie Zuteilung von Zertifikaten, einer Ausgabe über 2039 hinaus oder einer Absenkung des Reduktionsfaktors. Den ETS in Frage zu stellen, bedeutet, diejenigen zu bestrafen, die sich auf den Weg gemacht haben, und diejenigen zu belohnen, die die Transformation verschlafen haben. Darüberhinaus stehen wir NRW GRÜNE für eine gerichtete Industriepolitik mit Klimaschutzverträgen, der Schaffung grüner Leitmärkte und local content-Vorgaben.
- Unternehmen und Bürger*innen beim Strompreis gezielt entlasten.
 Entlastungen der Unternehmen beim Strompreis dürfen aus unserer Sicht kein Freifahrtschein sein, sondern zeitlich befristet und mit klaren Vorgaben zur CO₂-Reduktion den Unternehmen Planbarkeit geben und Innovationen fördern. Gleichzeitig darf die Entlastung von einigen Industriezweigen nicht auf Kosten der Entlastungen der Bürger:innen gehen.
- CCS/U gehört nicht in den Emissionshandel. Den Einbezug von CO₂-Speichertechniken (CCS/U) in den Emissionshandellehnen wir ab, um einen Preisverfall und undurchsichtige Bürokratie und Missbrauch z.B. durch den Ausgleich permanenter Emissionen durch nicht-permanente Zertifikate, zu verhindern. Wir bekräftigen unsere Haltung, CCS/U nur für wirklich unvermeidbare Emissionen vorzusehen. Im Chemiebereich sehen unabhängige Studien keine unvermeidbaren Emissionen. Die nötige Innovation für eine vollumfängliche Elektrifizierung unterstützen wir u.a. durch gezielte Flexibilisierung im Stromsystem.
- Internationale Klimazertifikate gefährden den Ausstiegspfad. Wir NRW GRÜNE sind klar darin, dass internationale Klimazertifikate (Art. 6. des Pariser Abkommens) auf keinen Fall in den ETS gelangen dürfen. Die Erfahrung unter dem Clean Development Mechanism hat gezeigt, dass es das gesamte System aus dem Gleichgewicht bringen kann, wenn Zertifikate mit fragwürdiger Emissionswirkung den ETS fluten.

73

78

- Keine Doppelförderung von E-Fuels. Bei Flottengrenzwerten sehen wir den Einbezug von sogenannten E-Fuels als nicht zielführend an. E-Fuels werden schon in der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie RED einbezogen. Eine Doppelzählung käme einer neuen Subvention gleich und würde die E-Fuels gegenüber anderen Antriebsarten bevorzugen.
- Verlässliche Regeln für gerechte Lieferketten. Beim Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten in den Lieferketten bekräftigen wir unsere Haltung für klare und verlässliche Regeln und kritisieren die Entkernung, die die EVP im Europaparlament nur mit Stimmen der Rechtsextremen erreichen konnte, aufs Schärfste.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit

Der Zeitpunkt des ordentlichen Antragsschlusses (2. November 2025) lag vor der gemeinsamen und finalen Abstimmung der EVP mit den Rechtsextremen zum CSDDD im Europaparlament (13. November 2025) und des Bekanntwerdens der Wettbewerbs- und Stabilisierungsoffensive für die Chemie- und Kohlenwasserstoffindustrie NRW ("Chemie- und Raffineriepakt NRW"; am 11.11.2025). Beide Momente verändern die politische Situation maßgeblich und erfordern eine dringliche Positionierung von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN NRW.

Unterstützer*innen

Frieda Niewald (KV Düsseldorf), Anna Daphne Bamidis (KV Köln), Alyssa Ammelung (KV Köln), Vincent Lohmann (KV Krefeld), Jakob Gintars (KV Bonn), David Diegel (KV Bielefeld), Tim Niklas Beyer (KV Bielefeld), Katharina Hix (KV Bielefeld), Jule Sträter (KV Düsseldorf), Jonathan Andraczek (KV Düsseldorf), Klaus Feurich-Tobien (KV Bielefeld), Klaus Mewes (KV Düsseldorf), Clara Mensching (KV Bielefeld), Lars Bauerdick (KV Bielefeld), Jesse Ahn (KV Bielefeld), Antje Westhues (KV Bochum)